

Kreistag gegen Strompreisbremse

Einstimmige Resolution an die Bundesregierung

LANDKREIS GÖTTINGEN. Der Göttinger Kreistag hat die Bundesminister Dr. Peter Altmaier (Umwelt) und Philipp Rösler (Wirtschaft) aufgefordert, ihre Vorschläge zur Strompreisbremse in Deutschland zu korrigieren. Diese Forderung ist Teil einer einstimmigen beschlossenen Entschließung des Parlaments am vergangenen Mittwoch. Der Kreistag lehnt insbesondere die Kürzung des Güllebonus ab. Dieser Bonus war mit der Erneuerbare Energien Novelle im Jahr 2008 rückwirkend als Steuerinstrument für damals bestehende Biomasseanlagen eingeführt worden - das betreffe Anlage, die zwischen 2004 und 2008 in Betrieb genommen wurden.

„Gegen Vorschläge stimmen“

Die Niedersächsische Landesregierung wird vom Kreistag aufgefordert, im Bundesrat gegen die Vorschläge der beiden Minister zu stimmen.

In der Begründung der Resolution heißt es, zentraler Bestandteil des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) sei eine feste Einspeisevergütung über 20 Jahre. Viele Bürger, Landwirte, Investorengruppen, Stadtwerke und andere Einrichtungen hätten in die Energiewende investiert und zu dem Erfolg von über 20 Prozent aus erneuerbaren Energien beigetragen.

Die Errichtung der mittlerweile 18 Anlagen in den fünf Bioenergiedörfern im Landkreis habe für den Kreis ent-

scheidende Vorteile:

- Das Geld der Verbraucher bleibe in der Region und stärke damit den Wirtschaftskreislauf;
- die Bauwirtschaft der Region bekomme Aufträge zum Bau von Kleinanlagen;
- Gülle und Mist würden besser genutzt, die Nährstoffkreisläufe damit gesichert;
- Schädliche Methanausstöße in die Luft würden verringert, die Nutzbarkeit der Nährstoffe als Dünger erhöht;
- Klima- und Ressourcenschutz durch Einsparung endlicher Energieträger wie Erdöl, Kohle und Gas;
- Die Wertschöpfung in der Landwirtschaft werde erhöht und stärke das Einkommen der Bauern über Verkauf von Strom und Wärme.

Der Vorschlag der beiden Minister, so der Kreistag, dürfe verfassungsrechtlich nicht haltbar sein, weil sehr viele Landwirte und Genossenschaften auf der Grundlage dieses EEG-Vergütungsbestandteils erneut in die Effizienzsteigerung ihrer Biogasanlagen investiert haben. Auch die pauschale rückwirkende Vergütungskürzung für alle seit dem Jahr 2000 in Betrieb genommenen EEG-Anlagen um 1,5 Prozent für das Jahr 2014 sei ein Schlag ins Gesicht derer, die im Vertrauen auf gesetzliche Rahmenbedingungen investiert haben. Weiter heißt es: „Für die Bioenergiedörfer im Landkreis Göttingen sind diese Vorschläge existenzbedrohend.“ (kri)